

Haushaltsrede für 2024, Ratssitzung am 08. Dezember 2023; Jan Risting

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

über viele Jahre haben wir es in den Haushaltsberatungen des Flecken Bovenden geschafft, Steuererhöhungen zu vermeiden.

Dass mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf die Grundsteuer um 30 Hebesatzpunkte angehoben wird, ist aus mehreren Gründen nicht unproblematisch. Zunächst einmal bedeutet diese Steuererhöhung in wirtschaftlich sehr angespannten Zeiten eine Mehrbelastung für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, egal ob Eigenheimbesitzer oder Mieter. Darüber hinaus kommt diese Grundsteuererhöhung aber auch zur Unzeit, weil sie zeitlich mit der aktuellen Debatte rund um die Grundsteuerreform zusammenfällt. Zwar dient die von der Verwaltung vorgeschlagene Grundsteuererhöhung auch nach unserer Auffassung nicht dem Zweck, eine Übervorteilung der Gemeinde im Rahmen der Grundsteuerreform zu erreichen. Sondern sie verfolgt das nachvollziehbare Ziel, ein Haushaltssicherungskonzept im kommenden Jahr zu verhindern und die vielen richtigen Investitionen in die Infrastruktur all unserer Ortsteile schultern zu können. Gleichzeitig ist diese Erhöhung im Vergleich zu den Hebesätzen in umliegenden Gemeinden noch als moderat zu beurteilen.

Aber gerade deswegen bedarf es einer guten Kommunikation sowohl der Verwaltung als auch der Kommunalpolitik, um eben nicht den falschen Eindruck zu erwecken, der Flecken Bovenden wolle sich hier im Zuge der Grundsteuerreform einen unlauteren Steuervorteil verschaffen.

Ich habe in meiner letzten Haushaltsrede vor einem Jahr den Bund der Steuerzahler zitiert mit seiner Warnung, dass einige Kommunen ihre Hebesätze bewusst noch vor der Reform anheben könnten, um die vorgesehene Aufkommensneutralität zu umgehen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Eindruck einer Übervorteilung der Gemeinde im Rahmen der Grundsteuerreform zu verhindern und klarzustellen, dass Steuererhöhungen auch weiterhin die Ausnahme sein müssen.

Der Staat hat mit dem Geld auszukommen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihm zur Verfügung stellen. Deswegen ist es bei allen berechtigten Diskussionen über die Kostentragung zwischen Bund, Land und Kommunen auch richtig, durch Maßnahmen wie das Wachstumschancengesetz eine finanzielle Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu bewirken. Der Staat muss gut begründen, wofür er das Geld seiner Bürgerinnen und Bürger ausgibt, umso mehr, wenn er bestimmte Steuern erhöht. Jeder andere Eindruck wäre das Letzte, was wir in der aktuell ohnehin politisch aufgeheizten Situation gebrauchen könnten.

Begrüßenswert ist auch vor diesem Hintergrund, dass der Hebesatz für die Gewerbesteuer konstant bleibt, worauf wir Freie Demokraten auch in Zukunft Wert legen werden.

Eine angespannte Haushaltslage ist für Kommunalpolitiker vor allem deshalb ernüchternd, weil dadurch die eigenen politischen Gestaltungsspielräume eingeengt werden. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass einige von der FDP-Fraktion angeregte Projekte ihren Weg in den Haushalt gefunden haben. Wir möchten uns daher bei der Verwaltung bedanken für die Bereitstellung von Mitteln für einen Wetterschutz auf dem Spielplatz Dannensee. Dafür hat sich besonders unser Bovender Ortsratsmitglied Hans-Jürgen Lang in den vergangenen Monaten eingesetzt. Hier steigern wir die Attraktivität dieses schönen Spielplatzes noch weiter und greifen konkrete Anregungen aus der Bevölkerung auf.

Ebenso erfreulich ist die vorgesehene Überdachung der Fahrradstellplätze am Bahnhof in Lenglern. Dabei ist es der Verwaltung dankenswerterweise gelungen, von den 20.000 € Investitionskosten 17.000 € aus Fördermitteln zu generieren. Auf diese Weise können wir uns wenigstens einen Teil der mittlerweile exorbitant hohen Abgaben an höhere Ebenen zurückholen.

Aber bei aller Freude über konkret vorangehende Projekte, sollte uns unsere finanzielle Lage zu denken geben. Denn ein Haushaltssicherungskonzept verhindern wir in diesem Jahr nur noch durch die Auflösung der Rückstellung für das Gewerbegebiet AREA 3, also einen ziemlich hohen Einmaleffekt.

Wir werden auch in den kommenden Jahren massive Investitionen zu schultern haben, die die Summe des heute zu beschließenden Haushalts noch deutlich übersteigen werden. Ich denke hier insbesondere an den begrüßenswerten Aus- beziehungsweise Neubau unserer Feuerwehrgerätehäuser.

Vor diesem Hintergrund steht es allen Ratsmitgliedern gut zu Gesicht, die Ausgabenwünsche auch bezüglich eigener Prestigeprojekte kritisch zu hinterfragen. Wenn zum Beispiel im Bauausschuss von der Verwaltung vorgeschlagen wird, 20.000 € Planungskosten für innerörtliche Radwege wieder aus dem Haushalt zu nehmen, weil die Resonanz aus den Ortsräten eben doch nicht so stark war wie von den Antragstellern angenommen, dann könnte man das auch einmal selbstkritisch annehmen, statt einzelnen Ortsräten unsachliche Vorwürfe zu machen.

Dabei sollte vor allem auch nicht vergessen werden, dass durch das Ausgeben von Planungskosten jedenfalls unmittelbar im Flecken Bovenden noch nichts vorangebracht wird. Denn dass auch die Arbeit gut bezahlter Planungsbüros zuweilen sehr kritisch hinterfragt werden muss, haben wir ja ebenfalls im letzten Bauausschuss beim Thema Klimaschutzkonzept erlebt. Gut, dass unsere Kollegin Constanze Kohn dort den Finger in die Wunde gelegt hat.

Die Zinslast unserer Gemeinde hat mit deutlich über 600.000 € jährlich längst ein problematisches Maß erreicht. Wer angesichts dieser Zahlen so tut, als sei Neuverschuldung auf allen staatlichen Ebenen eine staatsbürgerliche Pflicht und die Schuldenbremse ein Fall für das Geschichtsbuch, der irrt. Wir schulden den nächsten Generationen eine ehrliche und konsequente Ausgabenkritik.

Was unsere freiwilligen Leistungen und die entsprechenden politischen Initiativen aus den Ratsfraktionen angeht, möchten wir als FDP-Fraktion daher folgenden Vorschlag machen: Bis vor einigen Jahren gab es im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz eine Regelung, wonach ein Bürgerbegehren einen Kostendeckungsvorschlag

enthalten musste. Diese Voraussetzung ist zwar aus dem NKomVG gestrichen worden. Aber zumindest von uns Kommunalpolitikern kann man unserer Meinung nach erwarten, dass wir die finanziellen Auswirkungen unserer eigenen Anträge stärker in den Blick nehmen als bisher. Insofern ist unser Vorschlag an alle Fraktionen, unsere selbstverständlich eingeschlossen, dass wir unsere politischen Anträge zukünftig mit Kostendeckungsvorschlägen versehen.

Zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit der Ausgabenseite gehört auch, unsere laufenden Aufwendungen in Zukunft genauer unter die Lupe zu nehmen. Wenn wir einerseits einen höheren Stellenbedarf für zunehmende Digitalisierungsprojekte ausmachen, sollten wir uns andererseits in Zukunft auch mit der Frage auseinandersetzen, welche finanziellen Einsparpotentiale die Digitalisierung bietet.

Denn dass es solche Einsparpotentiale gibt, hat ja immerhin auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur staatlichen Parteienfinanzierung Anfang dieses Jahres festgestellt.

Den Ausschussberatungen haben wir entnehmen können, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt ablehnen wird. Natürlich ist dieser Haushalt auch für unsere Fraktion ein Kompromiss. Nicht alles daran gefällt uns, eine Grundsteuererhöhung schon einmal gar nicht. Gleichzeitig können wir uns aber über die Berücksichtigung von uns vorgeschlagener Projekte freuen, wie ich sie eben dargelegt habe. Unter Abwägung dieser Umstände werden wir heute dem Haushalt für 2024 zustimmen. Und deswegen möchte ich als jemand, der hier an dieser Stelle auch schon einmal einen Haushalt abgelehnt hat, an die Adresse der Grünen Folgendes sagen: Es kann gute Gründe geben, einen Haushalt abzulehnen. Man sollte sich dabei aber klar machen, dass die Ablehnung des Haushaltes immer das letzte Mittel sein sollte. Denn wenn eine Mehrheit im Rat gegen den Haushalt stimmen würde, wäre unsere Gemeinde nicht mehr handlungsfähig. Gerade deshalb muss eine Haushaltsablehnung gut begründet werden. Und sie sollte nicht den Eindruck erwecken, dass Jahr für Jahr nur ein Vorwand für die öffentlichkeitswirksame Ablehnung des Haushaltes gesucht wird.

Abschließend möchte ich mich bei allen Ratskolleginnen und -kollegen sowie bei der Verwaltung für die konstruktiven Haushaltsberatungen in diesem Jahr bedanken. Die Älteren unter uns mögen sich möglicherweise daran erinnern: Wenn ich richtig recherchiert habe, waren das die ersten Haushaltsberatungen mit hauptamtlichem Kämmerer seit fünf Jahren. Ich finde, und ich glaube da spreche ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, dass wir das bei den diesjährigen Beratungen auch sehr positiv wahrgenommen haben, und das nicht nur durch die schöne Erfindung des Taschenhaushaltes. In diesem Sinne: Ihnen Herr Grote und Ihrem Team in der Kämmerei gebührt ein besonderer Dank für die Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schließen mit einem Zitat eines großen Bovender Kommunalpolitikers, der leider in diesem Jahr von uns gegangen ist. Wie angespannt unsere finanzielle Lage auch sein mag, für uns im Flecken Bovenden gelten heute und in Zukunft die Worte von Reinhard Schmidt: „*Wo wir sind, ist vorne.*“

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.